Arbeitskreis Energiewende (AKE)

NEWSLETTER ENERGIE

Februar 2017 02/17

LANDESVERBAND ARBEITSKREIS ENERGIEWENDE AKE

AKTUELLES
AKE TERMINE

POLITISCHE ENTWICKLUNGEN FEBRUAR 2017

BUNDESMINISTERIUM FÜR WIRTSCHAFT UND ENERGIE
BUNDESMINISTERIUM FÜR UMWELT, NATURSCHUTZ, BAU UND REAKTORSICHERHEIT
BUNDESNETZAGENTUR
BAYERISCHES STAATSMINISTERIUM FÜR WIRTSCHAFT UND MEDIEN, ENERGIE UND TECHNOLOGIE
EUROPÄISCHE UNION

DAS WICHTIGSTE IM FEBRUAR...

© Daniel Foster/Wikimedia, CC-BY-SA-20

Fracking-Regelungen treten am 11. Februar in Kraft

Verbot für unkonventionelles Fracking, strenge Auflagen für konventionelles Fracking.

Am 11. Februar treten gesetzliche Regelungen zum Fracking in Kraft. Sie sehen weitreichende Verbote und Einschränkungen für die Anwendung der Frackingtechnologie in Deutschland vor. Sogenanntes unkonventionelles Fracking wird generell verboten. Lediglich zu wissenschaftlichen Zwecken können die Bundesländer bundesweit maximal vier Erprobungsmaßnahmen zulassen, um bestehende Kenntnislücken zu schließen. Dafür sind strenge Bedingungen vorgesehen. Konventionelle Fracking-Vorhaben, die in Deutschland seit den 1960er Jahren in anderen Gesteinsarten vorgenommen werden, können zukünftig nur noch nach einer Umweltverträglichkeitsprüfung unter Beteiligung der Öffentlichkeit realisiert werden.

PRESSEMITTEILUNG »

Arbeitskreis Energiewende (AKE)

NEWSLETTER ENERGIE

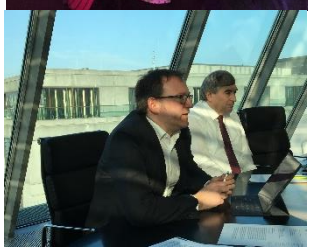
Februar 2017 02/17

LANDESVERBAND ARBEITSKREIS ENERGIEWENDE AKE

AKTUELLES

AKE zu Besuch in Berlin

Der Großteil der energiepolitischen Entscheidung wird auf Bundesebene beschlossen – deswegen fahren Vertreter des AKEs regelmäßig nach Berlin, um sich mit unseren CSU-Bundestagsabgeordneten und verschiedenen Fachverbänden auszutauschen.



Im Februar sind für den AKE Martin Ehrenhuber, Simone Neumann und Jörg Kunstmann nach Berlin gereist, um sich über sich über neue Trends und Entwicklungen im politischen und politiknahen Bereich auszutauschen und das AKE-Netzwerk weiter auszubauen. Im Mittelpunkt stand wie jedes Mal der energiepolitische Dialog mit unseren Abgeordneten. Martin Ehrenhuber stellte das neue Konzept des AKEs zur Bundestagswahl vor und im Anschluss diskutierten die Vertreter des AKEs über aktuelle politische Themen in den Bereichen Energie, Umwelt, Klimaschutz und Verkehr. Zudem besuchte die Delegation des AKEs den Bundesverband Erneuerbare Energien (BEE), die Agora Verkehrswende und den Verband kommunaler Unternehmen (VKU).

Wir bedanken uns bei allen Gesprächspartner!

WEITERE INFORMATIONEN »

Projektfinanzierung Dakota Access Pipeline

Der Arbeitskreis Energiewende und der Arbeitskreis Umweltsicherung und Landesentwicklung der CSU wenden sich in einem Brief an den Vorstandsvorsitzenden der BayernLB zur Projektfinanzierung Dakota Access Pipeline.

WEITERE INFORMATIONEN »

AKTUELLE TERMINE

07.04.2017	AKE-Landesvorstandssitzung, Nürnberg
23.06.2017	AKE-Landesvorstandssitzung, München
21.10.2017	AKE-Landesversammlung mit Neuwahlen

Weitere Informationen zum AKE:

HOMEPAGE TWITTER

Arbeitskreis Energiewende (AKE)

NEWSLETTER ENERGIE

Februar 2017 02/17

POLITISCHE ENTWICKLUNGEN FEBRUAR 2017

BUNDESMINISTERIUM FÜR WIRTSCHAFT UND ENERGIE

Sonnige Aussichten: Staatsekretär Baake eröffnet die 1. Vollversammlung der Photovoltaik-Sparte im Forschungsnetzwerk Erneuerbare Energien

Rund um den Globus setzen immer mehr Staaten auf die Nutzung der Sonnenenergie. Die weltweit installierte Photovoltaik-Kapazität ist 2016 auf das Rekordniveau von rund 295 Gigawatt angewachsen, Tendenz steigend. Auch in Deutschland trägt die Photovoltaik entscheidend zum Gelingen der Energiewende bei. Die Entwicklung und die strategischen Forschungsschwerpunkte der Photovoltaik sind Thema der 1. Vollversammlung der Photovoltaik-Sparte des Forschungsnetzwerks „Erneuerbare Energien“ in Berlin.

WEITERE INFORMATIONEN »

Bundesministerin Zypries: "Der Mieterstrom kommt."

In ihrer Rede hat Bundesministerin Brigitte Zypries beim Neujahrsempfang des Bundesverbandes Erneuerbare Energie e.V. (BEE) das Thema Mieterstrom angesprochen. Ihr Ziel ist es, dass ein entsprechendes Gesetz noch vor der parlamentarischen Sommerpause verabschiedet werden kann.

WEITERE INFORMATIONEN »

Wissenschaftlicher Beirat beim BMWi veröffentlicht Gutachten zur Klimapolitik

Der Wissenschaftliche Beirat beim Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWi) hat am 6. Februar 2017 das Gutachten „Die essentielle Rolle des CO2-Preises für eine effektive Klimapolitik“ veröffentlicht. Die Gutachter sehen die bisherigen klimapolitischen Vereinbarungen, die in Paris und Marrakesch getroffen wurden, als unzureichend an. Anstelle von national festgelegten Klimaschutzanstrengungen plädiert der Beirat dafür, eine gemeinsame Verpflichtung zur Einhaltung von Mindestpreisen für CO2 zum Ziel internationaler Klimapolitik zu machen. Um sicherzustellen, dass klimapolitische Vereinbarungen eingehalten werden, empfiehlt der Beirat darüber hinaus, Belohnungs- und Bestrafungsmechanismen zu entwickeln, die dem Prinzip der Reziprozität folgen.

WEITERE INFORMATIONEN »

"Das Steuer- und Abgabensystem steht der Sektorkopplung entgegen"

Rainer Baake, beamteter Staatssekretär im Bundesministerium für Wirtschaft und Energie, zieht im Interview mit der emw seine persönliche energiepolitische Bilanz dieser Legislaturperiode und gibt einen Einblick in die Todo-Liste der nächsten Bundesregierung. Dort steht ganz oben die Wegbereitung für die Sektorkopplung und die Elektrifizierung des Wärme- und Verkehrsbereichs. Das Gespräch führten Christian Seelos und Gerwin Klinger.

WEITERE INFORMATIONEN »

BUNDESMINISTERIUM FÜR UMWELT, NATURSCHUTZ, BAU UND REAKTORSICHERHEIT

Klimaschutz aus Bürgerhand

Das Bundesumweltministerium will seine Klimaschutzpolitik auch künftig auf einen breiten Beteiligungs- und Dialogprozess stützen. Welche Lehren dabei aus der 2015 gestarteten Bürgerbeteiligung zum Klimaschutzplan 2050 zu ziehen sind, diskutierte Bundesumweltministerin Barbara Hendricks heute auf einer Veranstaltung zum Abschluss des Beteiligungsverfahrens in Berlin.

WEITERE INFORMATIONEN »

Freie Fahrt für Oberleitungs-Lkw in Schleswig-Holstein

In Schleswig-Holstein entsteht bis spätestens Ende 2018 eine Teststrecke für Elektro-Lkw. Mit rund 14 Millionen Euro fördert das Bundesumweltministerium das Pilotprojekt auf einem etwa sechs Kilometer langen Teilstück der Autobahn 1 in beiden Richtungen zwischen Reinfeld und Lübeck. Jochen Flasbarth, Staatssekretär im Bundesumweltministerium, überreichte den Förderbescheid heute (3. Februar) in Reinfeld (Kreis Stormarn) an Ministerpräsident Torsten Albig.

WEITERE INFORMATIONEN »

BUNDESNETZAGENTUR

Bundesnetzagentur erlässt Verordnung zum Netzausbaugebiet

Die Bundesnetzagentur hat heute im Einvernehmen mit dem Bundeswirtschaftsministerium die Verordnung zur Einrichtung und Ausgestaltung eines Netzausbaugebiets erlassen. "Mit dem Netzausbaugebiet wollen wir den Ausbau der Windenergie im Norden besser mit dem Netzausbau synchronisieren. Gleichzeitig werden wir uns weiterhin mit höchster Priorität für den Netzausbau einsetzen", betont Jochen Homann, Präsident der Bundesnetzagentur. Er ergänzt: "Es stehen nun alle Spielregeln für die anstehenden Ausschreibungen für Windenergie an Land fest. Das schafft die erforderliche Verlässlichkeit für den weiteren Ausbau der Windenergie im Norden".

WEITERE INFORMATIONEN »

Bundesnetzagentur veröffentlicht Bericht zu Fortschritten beim Stromnetzausbau

Die Bundesnetzagentur hat eine Zwischenbilanz zu den Bau- und Genehmigungsfortschritten beim Stromnetzausbau für das Jahr 2016 veröffentlicht. "Jeder fertiggestellte Leitungskilometer ist wichtig für die Umsetzung der Energiewende und für die Versorgungssicherheit in Deutschland. Wir rechnen damit, dass wir in diesem Jahr bei wichtigen Planungsverfahren vorankommen", sagt Jochen Homann, Präsident der Bundesnetzagentur. "Gleichzeitig zeigt die Zwischenbilanz, welche großen Herausforderungen noch vor uns liegen".

WEITERE INFORMATIONEN »

Bundesnetzagentur erteilt Zuschläge in der ersten Solarausschreibung nach dem EEG 2017

Die Bundesnetzagentur hat in der ersten Ausschreibung für Solaranlagen von mehr als 750 Kilowatt heute 38 Gebote mit einem Gebotsumfang von 200 Megawatt bezuschlagt. Neun Zuschläge davon gingen an Projekte, die auf baulichen Anlagen errichtet werden sollen und die erstmals an den Ausschreibungen teilnahmen.

"Das ausgeschriebene Volumen hätte nach der eingereichten Gebotsmenge doppelt vergeben werden können. Der Wettbewerb ist weiterhin erfreulich hoch", sagt Jochen Homann, Präsident der Bundesnetzagentur.

WEITERE INFORMATIONEN »

STAATSMINISTERIUM FÜR WIRTSCHAFT UND MEDIEN, ENERGIE UND TECHNOLOGIE

Aigner: "Digital Hub Mobility fördert innovative Mobilitätskonzepte und stärkt Bayern als Technologiespitzenstandort"

Bayerns Wirtschaftsministerin Ilse Aigner und Susanne Klatten, Vorsitzende des Aufsichtsrats der Unternehmer-TUM, geben heute gemeinsam den Startschuss für den Digital Hub Mobility. Ziel der Initiative der Bundesregierung und des Bitkom ist es, die Zusammenarbeit zwischen Automobilunternehmen, Mobilitätsdienstleistern, Zulieferern, Wissenschaft und Digitalbranche zu fördern, um innovative Mobilitätslösungen für die Zukunft zu erarbeiten. Partner aus der Mobilitäts- und Digitalbranche sind Audi AG, BMW Group, Daimler AG, IBM, Nokia, SAP, Stadtwerke München sowie ADAC, adidas, Infineon, MAN und TÜV Süd. Geplant ist neben dem Aufbau eines weltweit führenden Experimentier- und Testumfeldes für urbane Mobilitätskonzepte, die gemeinsame Entwicklung von Konzepten für das automatisierte und vernetzte Fahren. Bayerns Wirtschaftsministerin Ilse Aigner: „Die Digitalisierung wird die Art wie wir Mobilität erfahren und erleben verändern. Ich denke hier nur an vernetzte Mobilität oder autonomes Fahren. Um dieses innovative Thema voranzutreiben, braucht es einen Ort der Begegnung für all die unterschiedlichen Akteure. Mit dem Digital Hub Mobility startet im Freistaat das weltweit erste Experimentier- und Testumfeld dieser Art. Der Hub wird Bayern und Deutschland auch als Technologiespitzenstandort weiter stärken."

WEITERE INFORMATIONEN »

Aigner und Herrmann: "Die Gestaltungsmöglichkeiten der Bauleitplanung möchten wir verstärkt für einen bürgerfreundlichen Ausbau der Windenergie nutzen"

Bayerns Energieministerin Ilse Aigner und Bayerns Innen- und Bauminister Joachim Herrmann unterstützen Kommunen bei der Bauleitplanung für Windenergieanlagen. Die Bauleitplanung ermöglicht den Bau von Windenergieanlagen auch unterhalb der 10-H-Regelung. Dazu Energieministerin Aigner: „Die Energiewende ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, die jedoch vor allem vor Ort umgesetzt werden muss. Der weitere Ausbau der erneuerbaren Energien wird uns nur gelingen, wenn die Bevölkerung die entsprechenden Maßnahmen mitträgt. Besonders wichtig ist es uns daher, die Akzeptanz der Bevölkerung für die Energiewende zu erhalten. Deshalb haben wir die 10 H-Regelung eingeführt." Herrmann ergänzt: „Wir haben jetzt die rechtlichen Voraussetzungen geschaffen, damit überall dort, wo die Bevölkerung den Bau einer Windenergieanlage auch unter dieser 10 H-Regel befürwortet, der Bau auch ermöglicht werden kann."

WEITERE INFORMATIONEN »

Aigner: "Unser Einsatz für die Biokraftstoffe hat sich gelohnt"

Bayerns Energieministerin Ilse Aigner begrüßt die Einigung innerhalb der Bundesregierung zur steuerlichen Begünstigung von Biokraftstoffen. „Unser Einsatz für die Biokraftstoffe bei der Novelle des Energiesteuergesetzes hat sich gelohnt. Das ist ein positives Signal für die Biokraftstoffbranche ebenso wie für die bayerischen Forschungseinrichtungen, die hier tätig sind. Wir stärken damit die regionale Wertschöpfung und leisten einen entscheidenden Beitrag zum Klimaschutz", so die Ministerin.

WEITERE INFORMATIONEN »

Aigner: "Mit dem Energiecoaching unterstützen wir kleine und mittlere Kommunen bei der Umsetzung der Energiewende vor Ort"

„Insbesondere kleine Kommunen verfügen oft nicht über die personellen und finanziellen Mittel, um sich bei energierelevanten Themen professionell beraten zu lassen. Wir haben deshalb vor fünf Jahren das Energiecoaching ins Leben gerufen. Die Bilanz des Förderprogramms kann sich sehen lassen“, resümiert Energieministerin Aigner. In jeweils zwei Förderperioden 2012/2014 und 2015/2016 nahmen über 500 Kommunen am Energiecoaching teil. „Wir decken mit dem Projekt rund ein Viertel aller bayerischen Kommunen ab“, ergänzt die Ministerin. „Das Energiecoaching wurde in allen Landesteilen hervorragend angenommen“.

WEITERE INFORMATIONEN »

Pschierer: "Großprojekte wie SuedLink und SuedOstLink können nur dann erfolgreich sein, wenn alle Betroffenen frühzeitig eingebunden werden"

„Die Auswirkungen auf Umwelt und Natur durch den Stromnetzausbau sind so gering wie möglich zu halten“, darin sind sich der Bayerische Energiestaatssekretär und Leiter der Taskforce Netzausbau Franz Josef Pschierer und die Präsidenten des Bayerischen Bauernverbandes und des Bayerischen Waldbesitzerverbandes Walter Heidl und Josef Ziegler einig. „Großprojekte wie der Bau der Leitungen SuedLink und SuedOstLink können zudem nur dann erfolgreich sein, wenn sich alle Betroffenen frühzeitig einbringen und umfassend über den Planungsstand und die Auswirkungen der Baumaßnahmen informiert sind“, ergänzt der Staatssekretär.

WEITERE INFORMATIONEN »

EUROPÄISCHE KOMMISSION

EU unterstützt deutsche Windstrom-Trasse SuedLink

Über 40 Mio. Euro investiert die EU in die deutsche Starkstromtrasse Suedlink, die Windstrom aus Schleswig-Holstein über Erdkabel nach Bayern und Baden-Württemberg bringen soll. Das Projekt gehört zu den insgesamt 18 von der Kommission vorgeschlagenen Projekten zur Energieversorgung, für die die EU-Mitgliedstaaten heute (Freitag) grünes Licht gegeben haben. Damit können 444 Mio. Euro in wichtige europäische Energie-Infrastrukturprojekte investiert werden. Die ausgewählten Projekte der Strom- und Gasversorgung sollen die Versorgungssicherheit erhöhen und die Integration erneuerbarer Energiequellen fördern.

WEITERE INFORMATIONEN »

Reform des EU-Emissionshandels: Arias Cañete begrüßt Parlamentsvotum

Der EU-Kommissar für Klimapolitik und Energie, Miguel Arias Cañete, hat die Entscheidung des Europäischen Parlaments zur Reform des EU-Emissionshandels ab 2021 begrüßt. Das Parlament hat sich gestern (Mittwoch) auf Basis des Kommissionsvorschlags vom Juli 2015 auf eine Verhandlungsposition geeinigt und macht damit den Weg für Verhandlungen mit dem Rat der EU-Staaten frei.

WEITERE INFORMATIONEN »

Luftverschmutzung durch Stickstoffdioxid: Kommission droht Deutschland mit Klage

Die Europäische Kommission hat heute (Mittwoch) ein letztes Mahnschreiben an Deutschland und vier andere Länder versandt, weil sie es versäumt haben, die wiederholte Überschreitung der Grenzwerte durch Stickstoffdioxid (NO2) in der Luft zu beenden. In Deutschland wird in 28 Regionen anhaltend gegen die NO2-Grenzwerte verstoßen. Dazu gehören Berlin, München, Hamburg, Köln, Hagen, Münster, Wuppertal sowie die Ballungsräume Mannheim/Heidelberg, Kassel und Rhein-Main. Im nächsten Schritt droht im Rahmen des EU-Vertragsverletzungsverfahrens eine Klage vor dem Europäischen Gerichtshof. Von der NO2-Belastung geht ein ernst zu nehmendes Gesundheitsrisiko aus. Der Großteil dieser Emissionen wird durch den Straßenverkehr verursacht.

WEITERE INFORMATIONEN »

Staatliche Beihilfen: Kommission genehmigt deutsche Elektroauto-Infrastruktur

Die Europäische Kommission hat festgestellt, dass die deutsche Regelung zum landesweiten Aufbau einer benutzerfreundlichen Ladeinfrastruktur für Elektrofahrzeuge mit den EU-Beihilfevorschriften im Einklang steht. Durch das Förderprogramm wird eine tatsächliche Marktlücke geschlossen, ohne dass der Wettbewerb im Binnenmarkt übermäßig beeinträchtigt würde.

WEITERE INFORMATIONEN »

Der Arbeitskreis Energiewende der CSU (AKE) übernimmt keine Garantie und keine Verantwortung für die Handlungen Dritter, die auf diesen Informationen, Analysen und Meinungen basieren. Alle zusammengetragenen Beiträge sind öffentlich zugänglich und spiegeln die Meinungen und Positionen der jeweiligen Institutionen wider. Die Quellen der Artikel sind jeweils im weiterführenden Link dokumentiert. Die Verantwortung der Richtigkeit der Informationen liegt bei den angegebenen Institutionen. Für Rückfragen oder Kommentare wenden Sie sich bitte an den AKE-Landesverband, vertreten durch den Vorstandsvorsitzenden Martin Ehrenhuber.